

## Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone

aus den inzwischen hier bestehenden drei deutschen Ländern werden sollte<sup>349</sup>. Hier hatte wohl die Rücksicht auf Clay seine Feder geführt, denn erwartungsgemäß lehnte dieser jeden Kompromiß mit Frankreich in der *Baden-Wuerttemberg question* scharf ab. Neue Argumente brachte Clay freilich nicht vor, nur sprach er am 27. Januar Washington gegenüber sehr deutlich von den finanziellen Verpflichtungen, die die USA im besetzten Deutschland übernommen hätten. Diese Aufwendungen würden durch Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich noch erhöht werden, wofür, so schrieb Clay, der amerikanische Kongress sicher kein Verständnis aufbringen werde<sup>350</sup>. Dies schien eine Art Drohung gewesen zu sein.

Clays Bericht verfehlte seine Wirkung in Washington offenbar nicht. Schon am 29. Januar 1948 schrieb man ihm zurück, daß seine Besorgnis, man werde Frankreich in dieser Sache Zugeständnisse machen, unbegründet sei. Man hätte nur gleichsam vorbeugende Überlegungen angestellt, für den Fall, daß Frankreich gegenüber mit allen Mitteln gearbeitet werden müsse! Andererseits sei sich Washington durchaus dessen bewußt, daß es unverändertes französisches Ziel sei, die alten Länder Baden und Württemberg möglichst wiederherzustellen. Letztlich sei dies ja auch wünschenswert<sup>351</sup>! Doch zugleich wurde Clay versichert, daß Washington eine solche Entscheidung nicht treffen werde, ohne Clay zuvor konsultiert und ohne das Für und Wider wohl abgewogen zu haben<sup>352</sup>. Das war mehrdeutig. Einstweilen hatte sich Clay offenbar durchgesetzt, doch er blieb weiterhin wachsam. Nicht ohne Berechtigung, denn auch die einschneidenden Veränderungen in der Deutschlandpolitik zumindest der Westalliierten während des Jahres 1948 boten Frankreich auch die Gelegenheit, immer wieder sein südwestdeutsches Anliegen anzubringen.

Während der Londoner Sechsmächtekonferenz vom 23. Februar bis 5. März und vom 20. April bis 1. Juni 1948 einigten sich die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich auf eine gemeinsame staatliche Ordnung für die westlichen Besatzungszonen. Sie verabschiedeten die sogenannten Londoner Empfehlungen, die am 7. Juni publiziert und deren Inhalt in die Frankfurter Dokumente vom 1. Juli 1948 übernommen wurden. Diese Frankfurter Dokumente ermächtigten die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, beauftragten die Ministerpräsidenten, die Grenzen der westdeutschen Länder zu überprüfen, um eine ausgewogene Struktur in Westdeutschland zu schaffen und sahen schließlich u. a. eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets vor.

In den Londoner Verhandlungen der drei westlichen Besatzungsmächte setzte sich Frankreich konsequent für die Organisation der Westzonen als einem losen Länderverband ein. Die angelsächsischen Mächte freilich – voran die Vereinigten Staaten – ließen keinen Zweifel daran, daß sie notfalls auch ohne und gegen Frankreich einen westdeutschen Staat schaffen würden. Andererseits suchten die USA ausdrücklich zu versichern, daß sie die Sicherheit Frankreichs vor einem neuerstarkten Deutschland garantieren würden. Neben den französischen Kommu-

349 Vgl. SMITH (wie Anm. 323) S. 546f.: *We are financing Germany at great cost. It would be difficult for Congress to understand why we would reduce our area of direct influence while we are paying the bill. Our loss of prestige in Germany would be very great and our part of control of Germany would be reduced likewise. If there would also result a reduction in our commitments it might be worthwhile. However, such transfer would neither lessen our financial burdens nor the number of troops now needed in Germany. The price of transfer is to much too great warrant it as an inducement to France entering trizonal arrangement.*

350 The Secretary of State to the United States Political Adviser for Germany, Murphy (January 29, 1948), in: FRUS 1948 II S. 49: *Idea of rearranging zonal boundaries Wuerttemberg-Baden was set forth in purely personal memorandum anticipating probable French desires and assessing bargaining position in the event that a high level decision (which appears unlikely) should be taken to press French to join trizonal fusion.*

351 Ebd.: *It has long been recognized that the French particularly wish this reorganization and that ultimately it would be desirable to reconstitute the former states of Wuerttemberg and Baden....*

352 Ebd.: *State and Army appreciate your reasons against transfer under present circumstances. At all events, it is agreed here that no decision of this kind will be taken without first consulting you and weighing military and static considerations.*